17. November 2009 – ein kurzer Bericht

17.November 2009 – der internationale Protesttag der Bildungsbewegung

Ein kurzer Bericht

In 30 Städten mit ca. 90 000 Teilnehmer_innen wurde der heiße Herbst der Bildungsproteste in Deutschland eingeläutet. Der internationale Protesttag brachte auch in der Schweiz, in Polen, Österreich, Frankreich, Italien. USA, Serbien, Indonesien, Bangladesh, Ungarn, Mazedonien und Sierra Leone Student_innen und Schüler_innen auf die Straße – während der „education is not for sale“ Aktionswoche gab es Proteste in über 30 Ländern.

In Europa waren Italien (150 000 Teilnehmer_innen) und Deutschland die Schwerpunkte der Aktionen – aufgerüttelt von den Protesten und Uni Besetzungen in Österreich seit Mitte Oktober. Dass in Berlin heute wohl um die 20 000 auf der Straße waren und in ganz Deutschland ca. 90 000 hätten vor einigen Wochen nur große Optimisten erwartet. Erst die Besetzungen in Österreich mobilisierten viele Aktivist_innen an den Universitäten. Dies drückt sich bislang in ca. 50 besetzten Unis aus, aus Solidarität wurden Audimaxe, Hörsäle und studentische Räume besetzt. Allerdings braucht diese Bewegung der Besetzer_innen mehr politische Perspektive als die Solidarität mit Österreich. Zwar stimmten vielerorts mehrere hundert Student_innen in Vollversammlungen für die Besetzungen, doch spiegelt sich das nicht in der Zahl der tatsächlichen Besetzer –und Aktivist_innen wider. Dieser Kreis umfasst meist keine 100 Leute.

Wir von REVOLUTION und der Gruppe Arbeitermacht unterstützten seit Sommer die internationalen Proteste, haben uns in Bildungskonferenzen in Bonn und Leipzig dafür stark gemacht. Dabei gab es zahlreichen Widerspruch bei den Konferenzen und den regionalen Bündnissen – einigen war ein zweiter Bildungsstreik innerhalb eines Jahres zu viel, andere meinten, dass die Student_innen nach den Semesterferien nicht mobilisierbar wären – wiederum andere hatten die Arbeit nach dem Juni eh eingestellt. Dies erklärt auch warum die Zahlen vom 17.11. hinter die des 17.6 (270 000) zurückfallen.

Dass wir die Protestwoche des ISM (International Students Movement) unterstützt und in unseren Bündnissen dafür gekämpft haben, ist der Tatsache geschuldet, das wir diese Internationalisierung der Proteste als Fortschritt und im Gegensatz zu anderen Linken als absolut notwendig ansehen.

Bei allen wichtigen Protesten im Bildungsbereich in Deutschland -24.11 HRK in Leipzig (Hochschulen Rektoren Konferenz) oder der KMK (das gleiche mit Kultusministern) am 10.12 in Bonn – wird es wichtig sein, die internationalen Bildungsproteste der Jugend zusammen zuführen. Dafür brauchen wir mehr als Netzwerke, dafür brauchen wir internationale Strukturen des Bildungsstreiks!

Audimax-Besetzung Herbst 09

Vom Bildungsstreik zum

Generalstreik!

Wir von REVOLUTION-Freiburg unterstützen die örtlichen Bildungsproteste und die Besetzungen des Audimax der Uni-Freiburg und der PH. Wir treten in den Besetzungen unter anderem für die Verbreiterung der Proteste auch auf andere gesellschaftliche Kämpfe, sowie eine Diskussion über die Perspektiven der Besetzungen ein. Einige wichtige Forderungen die wir für die Disskussion über die Perspektiven vorschlagen sind:

- **Ausweitung der Proteste an den Hochschulen! Keine Beschränkung auf bildungspolitische Themen!**
- **Aufbau von Besetzungs- und Streikkomitees, die von den Plena und VVs gewählt werden, diesen verantwortlich und jederzeit abwählbar sind!**
- **Einberufung einer Aktionskonferenz aller im Bildungsbereich Kämpfenden, Verknüpfung mit den Anti-Krisenbündnissen, um die Losung „Vom Bildungsstreik zum Generalstreik!“ Realität werden zu lassen!**

Nieder mit dem Ausnahmezustand in Pakistan!

Nieder mit dem Ausnahmezustand!

Erklärung der „Revolutionären Sozialistischen Bewegung“ vom 3.11.2007 gegen die Verhängung des Ausnahmezustands in Pakistan. Die Revolutionäre Sozialistische Bewegung ist die sympathisierende Sektion der Liga für die 5.Internationale in Pakistan

General Musharraf hat soeben den Ausnahmezustand in Pakistan erklärt. Alle privaten Nachrichtensender wurden geschlossen und Militär patrolliert durch die Straßen von Islamabad. Der oberste Gerichtshof ist unter Kontrolle von Militärpersonal und dem obersten Richter, Chaudhry, der nach großen Protesten erst kürzlich gegen den Willen von Musharraf wieder in Amt gesetzt wurde, wurde gesagt, dass seine Dienste „nicht länger benötigt werden“. Die Verfassung von 1973 wurde außer Kraft gesetzt und Musharraf erlies eine „provisorische konstitutionelle Verordnung“, die alle Macht in seine Hand gibt.

Der Ausnahmezustand wurde erstmals schon im März angedroht, zu Beginn der „Rechtsanwälte“-Bewegung, die seine Herrschaft bedrohte. Die Entscheidung, jetzt den Ausnahmezustand zu erklären, kommt dem Spruch des obersten Gerichts zuvor, der Musharrafs „Wiederwahl“ im Oktober für eine weitere 5-jährige Amtszeit die Legitimation entziehen könnte. Es ist sehr wahrscheinlich, dass Musharraf diesen Schritt tat, da er von einem für ihn negativen Ausgang des Verfahrens erfuhr. Sofort wurde ein neuer oberster Richter ernannt – Abdul Hameed Doggar -, der Chaudry ersetzt und der ohne Zweifel versprochen hat, ein getreuer Diener der Militärdikatur zu sein.

Das Militär hatte gerade diese Woche schwere Niederlagen gegen die islamistischen Militanten in Wazirstan und Swat erlitten. Es wird berichtet, dass in den letzten 2-3 Monaten tausende Soldaten in schwerste Gefechte verwickelt sind, und diese Woche gezwungen waren, einen Waffenstillstand zu akzeptieren. Sogar heute wurde berichtet, dass Militante zwei Polizeistationen gegen das Militär erobert haben und 48 gefangene

Paramilitärs vorgeführt haben – was die Zahl der jüngst gefangen genommenen Militärs auf über 300 bringt. Auch wenn wir in keiner Weise die Islamisten politisch unterstützen, so sind wir gegen die reaktionäre militärische Offensive, die dazu dient, die Bevölkerung unter Bedingungen zu zwingen, die der imperialistischen Überausbeutung genüge tun. Dieser Krieg wird von Musharraf stellvertretend für den amerikanischen Imperialismus geführt. Wie der Krieg im Irak und in Afghanistan ist er nicht gewinnbar und kann nur weitere Zerstörung und weiteres Leid hervorbringen – je früher die USA und ihre Verbündeten geschlagen werden, desto besser für die Weltbevölkerung.

Musharraf sieht sich aber auch einer fortgesetzten Welle von Arbeiterwiderstand ausgesetzt. Der Westen kann noch so oft den Widerstand gegen Musharraf einfach als „Islamistisch" darstellen – die Wahrheit sieht anders aus. Genauso wie Musharraf und sein Regime dem „Krieg gegen den Terror" gemäß den Befehlen Washingtons durchführen, so setzen sie auch dessen neo-liberale Agenda um. Gerade in dieser Woche haben die Beschäftigten der Pakistan International Airlines gestreikt, in Karachi begannen in den Krankenhäusern unbefristete Streiks und hunderte Arbeiter haben gegen die Ermordung eines Textilarbeiter-Führers protestiert. Sie schließen sich damit den Lehrern, den Unilever-Arbeitern und den Studenten an, die alle dieses Jahr in Protesten gegen die neo-liberale Agenda der Regierung beteiligt waren.

Der Ausnahmezustand ist ein verzweifelter Akt eines Regimes, das die Kontrolle über Pakistan verliert. Bevor es geschlossen wurde, erklärte das oberste Gericht den Ausnahmezustand für „illegal und verfassungswidrig" und rief öffentlich Beschäftigte und Armeepersonal dazu auf, nicht den „Eid" auf das neue Regime zu leisten. Der Vorsitzende der Anwältevereinigung beim obersten Gericht, der jetzt verhaftet ist, hat für Montag zu Massendemonstrationen aufgerufen.

Ein Sprecher der PML-N (einer rechts-konservativen Partei) erklärte, „die ganze Nation muss diesen außerparlamentarischen Aktionen Widerstand entgegensetzen". Bis jetzt hat die PPP (die links-bürgerliche Partei Bhuttos) die Aktionen nur verurteilt, und erklärt: „wir bauen die Institutionen auf, wir

zerstören sie nicht“. Tatsächlich hat Musharrafs Ausnahmezustand die reaktionäre Natur der Strategie der PPP ans Tageslicht gebracht: jeder „demokratische Deal“ mit dem pakistanischen Militär ist utopisch und reaktionär. Aber die bürgerlichen Partein scheuen die Massenmobilisierung auf der Straße. Erst diese Woche hat die PML-N, die sich die ganze Zeit als die „Demokraten“ geriert hat, den Generalstab dazu aufgefordert, mit Musharraf zu brechen – aber ist es nicht gerade dieser korrupte Generalstab der zu Fall gebracht werden muss?!

Diese bürgerlichen Parteien fürchten die Mobilisierung der Massen, weil sie wissen, dass ein revolutionärer Sturz des Militärregimes einen großen Druck von unten erzeugen wird für eine anti-neoliberale, anti-imperialistische Regierung.

Musharraf und das Militär sind jetzt extrem isoliert. Aber wir wissen, dass in die Ecke gedrängte Monster besonders gefährlich sind. Sie könnten jetzt zu Massenverhaftungen von Oppositionellen schreiten und das Kriegsrecht auf den Straßen erklären. Es darf jetzt keine Zurückhaltung der demokratischen Kräfte in dieser kritischen Stunde geben. Wir müssen darauf vorbereitet sein, diese Aktionen mit all der Macht und Militanz zurück zu schlagen, die die Bewegung der Rechtsanwälte und der einfachen Leute gezeigt hat, im Widerstand gegen die Massaker in Karachi im Mai.

Wir unterstützen alle Aufrufe zur Niederwerfung des Ausnahmezustands und für Massenaktionen im Widerstand. Aber entscheidend treten wir dafür ein, dass die Organisationen der Arbeiter und Bauern, sowie die demokratischen Kräfte zu einem Generalstreik gegen den Ausnahmezustand aufrufen. Wir müssen bereit sein, unsere Demonstrationen gegen die Angriffe des Militärs zu verteidigen – dafür müssen wir uns sofort vorbereiten. Wir rufen die Arbeiter dazu auf, Fabriks- und Nachbarschaftskomitees zu organisieren und die Bauern sich auf dem Land gegen die Militärregierung zu organisieren.

An die einfachen Soldaten – ausgelaugt und demoralisiert durch den Kampf für die USA -richten wir den Aufruf, die Waffen nicht gegen das Volk zu richten: führt diesen Ausnahmezustand nicht durch!

Wir sagen nicht nur, dass alle Staatsbediensteten nicht dem „PCO Eid“ folgen sollen, sondern dass sie in Taten und nicht bloß Worten jedes Dekret und jede Aktion des Militärregimes boykottieren sollen.

Der Versuch, die pakistanische Opposition zu zerschlagen, kommt zu einer Zeit, da die USA und ihre Alliierten sich darauf vorbereiten, den Nahen Osten in einen neuen schrecklichen Krieg gegen den Iran zu werfen.

Der Kampf gegen das Militärregime in Pakistan ist ein Schlüsselkampf für alle, die den „Krieg gegen den Terror“ Widerstand entgegensetzen wollen. Wir rufen dringend zu internationaler Solidarität mit dem pakistanischen Volk auf. Organisiert Demonstrationen oder Kundgebungen vor den pakistanischen Vertretungen weltweit!

Diese korrupte Militärjunta muss im Ausland an den Pranger gestellt werden und im Inland gestürzt werden. Es ist dieser Kampf, auf den wir – die Revolutionär Sozialistische Bewegung, sympathisierende Sektion der Liga für die fünfte Internationale – nun alle unsere Kräfte werfen.

Wir fordern Wahlen für eine konstitutive Versammlung, mit vollem Wahlrecht für alle Männer und Frauen, in der wir für eine Arbeiter- und Bauernregierung kämpfen werden.

Wir können dieses Militärregime stürzen und den Weg frei machen für eine sozialistische Revolution gegen Kapitalismus und Imperialismus!

* Nieder mit dem Ausnahmezustand!

* Massendemonstrationen sofort gegen den Ausnahmezustand!

* Organisationen der Arbeiter und Bauern, demokratische Kräfte: ruft auf zum Generalstreik bis zum Sturz des Militärregimes! Bildet Basiskomitees um den Widerstand zu koordinieren!

* Soldaten: richtet die Gewehre nicht gegen das Volk, führt den Ausnahmezustand nicht durch, bildet eure eigenen Komitees, unabhängig von den kommandierenden Offizieren!

* Organisiert internationale Solidarität!

Eine kleine Anekdote zum Deutschen Sozialforum

Deutsches Sozialforum 2009: ein reformistisches Trauerspiel

Mitte Oktober 2009 das deutsche Sozialforum 2009 über die Bühne gelaufen, in das ohnehin große Teile der Linken keine allzu großen Hoffnungen mehr setzen. Anlässlich dem diesjährigen Motto des Forums und der Demonstration am Samstag „Die Krise hat einen Namen: Kapitalismus“ bin ich nach Hitzacker mit gespannten Gefühlen gefahren und hatte, wenn auch keine politisch weltbewegenden Überraschungen, so doch eine kämpferische, aufgewühlte Stimmung erwartet. Doch ich wurde eines besseren belehrt.

Was ich in Hitzacker am Samstagnachmittag erlebte, kann ich wohl ohne die geringste Übertreibung die langweiligste und lahmste Demo nennen, die ich jemals erleben durfte. Jeder x-beliebige Samstag Nachmittagspaziergang hat sehr gute Chancen, den kleinen Ausflug an die Elbe, der sich Demonstration schimpfte, an Spannung und Erlebnisreichtum zu überbieten. Die Leute liefen einfach vor sich hin, Mensch konnte den leichten Nieselregen fallen hören. Nach der Hälfte wurde uns die Lethargie einfach zu groß, und wir versuchten, mit ein paar Sprechchören die Leute aus ihrem Halbschlaf zu reißen. Leider vergeblich. Außer zwei Jugendlichen, mit denen wir die Slogans anstimmten, ging absolut niemand darauf ein und die weltverbesserwillige Gemeinde trottete weiter vor sich hin.

Doch der krönende Abschluss der Demo stand ja noch bevor. Für den aktionistischen Höhepunkt des Sozialforums hatten sich die Organisator/innen etwas ganz besonderes ausgedacht. Die Leute sollten „aufstehen“. Aufstehen, für das Erreichen der Milleniumsziele! Dafür wurde eigens ein Flieger angeworben, welcher die bemitleidenswerte Menge beim „Stand-Up“-Ritual fotografieren sollte. Dazu der passende Kommentar von dem einschläfernden Podium: „Stand up – das hat was mit Aufstehen zu tun. Wir stehen auf für das Erreichen der Milleniumsziele.“ Bei so hehren Absichten bekommt selbst die Bundespolizei das Zittern.

Anders verhielt es sich mit der Anti-Atom-Bewegung, welche traditionell das Wendland beherrscht. Aktivist/innen organisierten abends eine Aktion in Gorleben. Während ca. 100 Menschen vor den Toren von der geplanten Endlagerstätte für radioaktiven Abfall protestierten, stach sich ein Trupp von etwa 10 Menschen auf das Gelände, rollte ein Transpi aus und zündete Leuchtfeuer. Eine relativ gelungene Aktion, welche die Aktionsbereitschaft und Entschlossenheit des Sozialforums bei weitem übertrifft. Nur leider unternahmen die Aktivist/innen nichts, um ihren Aktivismus in das Sozialforum hineinzutragen und die dort führenden Quacksalber mit ihrer Tatenlosigkeit zu konfrontieren. Schade. Das Sozialforum hätte aufgefordert werden müssen, die Aktion geschlossen zu unterstützen. Das mindeste wäre gewesen, den Forumsfanatiker/innen am nächsten Tag das Abschlussplenum mit ihrer eigenen Tatenlosigkeit zu versalzen. Das ist leider nicht geschehen.

Gleichzeitig traten aber in den Veranstaltungen und Diskussionen auf dem Forum auch viele Widersprüche offen zu Tage. An der Basis der Gewerkschaften grummelt es, was auch die Forderung nach einer Kampagne zur Arbeitszeitverkürzung, welche diskutiert wurde, zeigt. Viele Teilnehmer/innen waren von der Lahmheit des Forums enttäuscht, und gerade im Wendland rufen nicht wenige nach einer weiter gehenden Perspektive. Und eben da sich das DSF politisch im reformistischen Niedergang befindet, gleicht es einer Kapitulation der radikalen Linken, dass die meisten Gruppen dort gar nicht erst auftauchen und das Feld ohne Widerstand den Reformist/innen überlassen. Auch wenn das Forum bei weitem vor allem bei der Jugend schon lange nicht mehr die einstige

Anziehungskraft seiner großen europäischen Schwester, dem Europäischen Sozialforum, besitzt, verbinden nicht wenige Basisaktivist/innen, besonders bei ver.di, weiterhin gewisse Illusionen damit. Dass einige „linke“ Gewerkschaftsbürokraten wie Horst Schmitthenner (IG-Metall) zu dem Sozialforum aufriefen, wurde auch innerhalb der Gewerkschaftslinken als gutes Signal miss interpretiert. Deshalb war es absolut richtig, dort hin zu fahren und für eine radikalere Perspektive einzutreten!

Insgesamt war das Sozialforum sowohl nach der Teilnehmer/Innenzahl, als auch nach dem Inhalt und vor allem nach seiner quälenden Lahmheit eine Enttäuschung. Doch trotz, oder gerade wegen dem Maß an Abstinenz und Quacksalberei auf dem Forum beinhaltet es wieder einmal lehrreiche Schlüsse für uns. Es zeigt uns ein weiteres Mal deutlich, dass nicht nur das kapitalistische System in der Krise ist. Nein, auch die Linke in Deutschland ist es.

Und auch diese Krise hat einen Namen: Reformismus.

Die „Neue Frau“ im Klassenkampf

Alexandra Kollontai und die gesellschaftliche Rolle der Frau

Von Nina Gunic

Alexandra Kollontai, führendes Mitglied der bolschewistischen Partei in der Zeit der russischen Revolution 1917, spielte bei der Diskussion und Weiterentwicklung der marxistischen Theorie und Propaganda in der Frage der Frauenunterdrückung eine zentrale Rolle. Sie widmete sich unter anderem der gesellschaftlichen Rolle der Frau und welche Änderungen hier vom Standpunkt des revolutionären Klassenkampfes notwendig sind.

In ihrem Buch *„Die neue Moral und die Arbeiterklasse“* (1920) prägte sie den Begriff der *„ledigen Frau“* als den sich neu entwickelten Frauentypus um 1900. Die *„ledige Frau“* oder auch *„neue Frau“* entsprach der emanzipierten, selbständigen Rolle einer damals neu angebrochenen Generation von Frauen. Seit der Entstehung von Kollontais Werk sind inzwischen 80 Jahre der Frauenbewegungen wie auch des Klassenkampfes allgemein vergangen. Doch der Kampf der *„neuen Frau“* um Gleichberechtigung ist noch lange nicht vorbei.

Betrachtet man das gesellschaftliche Bild der Frau im Kapitalismus von heute ergeben sich tiefe, unvereinbar scheinende Widersprüche in ihrem Wesen. Einerseits zeigt sich die Rolle der Frau in der Welt der Werbung als ins Extreme sexualisiertes, allerdings durch und durch passive „Objekt“. Die Frau, oft auch mehrere Frauen, werden der angeworbenen Ware beigefügt, auf die Art wie das konservative Frauenbild die Frau dem Manne als Anhängsel dient. Als Pendant zu der jungen Frau als passiv erduldendes Sexobjekt, gilt die perfekte Mutter und Hausfrau, die oftmals „nebenbei“ arbeitet und in jeder Lebenslage das gesellschaftlich erwartete, gepflegte Äußere wahrt.

Die kapitalistische Werbewelt, wie auch diverse Serien und Filme geben somit den Werdegang der jungen Frau als Lustobjekt hin zur matronenhaften, rigiden, jungen Übermutter oder Karrierefrau vor.

Neben den genannten Stereotypen gibt es auch etliche abgewandelte, im Grundsatz ähnliche Frauenmodelle.

Lebenszweck der spießbürgerlichen Frau: Die Emotion

Ein vereinendes Element jeglicher bürgerlicher Darstellung von Frauen, ist die Frage der zentralen Lebensauffassung der Frau von heute. Die vorgegebene Frau lebt als Geisel, als Sklave ihrer Emotionen. Die hauptsächlichen Lebensfragen, die eine Heldin im Film, in der Serie, im Roman zu haben scheint, drehen sich immer um Gefühle. Gefühle zu einem Mann (oder zu mehreren), Gefühle zu ihrem Kind, Gefühle bezüglich der Ausbildung, des Berufes, etc. beherrschen die Heldin und bestimmen ihr

Handeln. Ihre Worte und Taten sind deswegen oft irrational, emotional und „kindlich“.

Doch wie schaut die Realität aus? Kollontai schreibt dazu:

„Vorherrschen des Gefühls war einer der typischsten Eigentümlichkeiten der Frau der Vergangenheit, dieses Vorherrschen des Gefühls bedeutete gleichzeitig Schmuck und Mangel der Frau. Die Verschärfung der wirtschaftlichen Gegensätze in der Gegenwart, die die Frau in den aktiven Kampf um die Existenz gezogen haben, verlangen, daß sie ihre Gefühle besiegt, fordern, daß sie nicht nur die vielgestaltigen sozialen Hindernisse zu nehmen lernt, sondern daß sie auch ihren so wenig widerstandsfähigen, leicht nachgebenden erschlaffenden Geist durch ihren Willen stärkt.“ (Alexandra Kollontai: Die neue Moral und die Arbeiterklasse, S. 27)

Glaubt man den bürgerlichen Medien, scheint diese Aufgabe der „neuen Frau“ kläglich gescheitert zu sein. Sie war und bleibt Sklave ihrer Gefühle, bleibt unsicher und wankelmütig, während der Mann seinen Zielen und seinem Ehrgeiz durchaus mit Aggression auch folgt. Und tatsächlich ist es ein durch die patriarchalen Strukturen der kapitalistischen Gesellschaft bedingtes Phänomen, dass eine Mehrheit der Frauen weniger aggressiv, weniger forsch und selbstbewußt agiert. Allein die Art und Weise, sich zu bewegen, ist bei vielen Frauen unsicherer und weniger raumgreifend. Frauen gehen eher zur Seite wenn ihnen ein Mann entgegenkommt, sie drängeln oft weniger, sitzen schmaler, usw. Dieses Verhalten wird auch stark dadurch gefördert durch die typische Frauenkleidung (oftmals feine, dünne Sachen, hochhackige Schuhe, Schminke usw.). „Darin“ muß man einfach mehr darauf achten, wie man sich bewegt, daß man vorsichtig ist, damit nichts zerreißt, verrutscht, die Haare richtig sitzen usw.

Von der Arbeiterin zur Revolutionärin

Der dennoch vorhandene große Bruch zur Vorgabe der bürgerlichen Propaganda ist folgender Kernpunkt: Die nie gezeigte Rolle der Frau als selbstbewußte Arbeiterin. Unabhängig davon, wie selten Frauen im Beruf gezeigt werden, unabhängig davon wie sehr die arbeitende Frau darüber

definiert wird, daß sie in dieser Zeit nicht daheim ist, das Faktum der Identität als Arbeiterin bleibt.

Durch die Entwicklung der Arbeiterklasse und der damit einhergegangenen Schaffung eines neuen Frauentypus, der Arbeiterin, schuf das kapitalistische System die ersten Weichen zur Befreiung der Frau: Die Möglichkeit der ökonomischen Unabhängigkeit vom Mann.

Die Arbeiterin wird wie der Arbeiter vom kapitalistischen System unterdrückt. Sie arbeitet wie ihre männlichen Kollegen für den Profit der Kapitalisten, dient sogar oft als billigere, da schlechter bezahlte Alternative. Aber sie lebt nicht mehr als Anhängsel zum Mann. Sie ist kein von dem Willen und den Wünschen des Mannes abhängiges Weibchen, sondern eine zukünftige Mitstreiterin im Kampf gegen den Kapitalismus.

Genauso wie der Sprung der *„Frau der Vergangenheit“* hin zur *„Neuen Frau“* ein notwendiger Schritt auf dem noch andauernden Weg der Befreiung war und ist, ist dies nun der Sprung von der Arbeiterin hin zur bewußten, zur revolutionären Arbeiterin, zur marxistischen Revolutionärin. In dem Moment, in dem eine Arbeiterin zur Revolutionärin wird, in genau diesem Moment überwindet sie eine weitere Barriere in ihrer Befreiung von der patriarchal-kapitalistischen Unterdrückung. In genau diesem Moment wird sie zur aktiven Kämpferin gegen Kapitalismus. Genauso wie es unsere Schwestern vorgaben, die russischen Arbeiterinnen im Februar 1917, die in Massen durch die Wiborger Straßen schritten und mit donnernden Stimmen ihre Rechte einforderten, genauso müssen auch wir unsere Rechte erkämpfen.

Zusammen mit unseren männlichen Mitstreitern, den Arbeitern, bilden wir die donnernde Stimme der Revolution, das gleißende Schwert der Befreiung. Mögen uns die Kapitalisten heute in ihren Medien als beschränktes Wesen darstellen, schon morgen werden sie vor unserer geballten Faust erzittern. Keine Befreiung der Frau ohne gemeinsamen Kampf gegen Kapitalismus!

ProletarierInnen aller Länder – vereinigt euch!

Die Nazis und das Kapital

In der deutschen Politik der Nachkriegsgeschichte nimmt die Freundschaft zu den USA einen ganz besonderen Stellenwert ein. Ja es war bis zum Irak-Krieg überhaupt ausgeschlossen, die USA zu kritisieren oder sich nicht auf ihre Seite zu stellen. Der Grund hierfür ist klar: die Amerikaner haben uns vor 60 Jahren todesmutig und selbstlos von der faschistischen Diktatur befreit. Doch todesmutig und selbstlos war die Landung in der Normandie allenfalls für die Soldaten der US-Army. Für ihre Generäle und die Politiker war der Einsatz Teil einer politischen Strategie.

Für das US-Kapital kam die Nazi-Diktatur in Deutschland alles andere als unrecht. Lange Zeit setzte man bewusst auf Hitler als „anti-sowjetisches Bollwerk“ in Europa. Doch das war nicht der einzige Grund. Mitte der 20er-Jahre befand sich die komplette Weltwirtschaft in der Krise. Diese Krise war Ausdruck einer gigantischen Überproduktion, welche charakteristisch für den Kapitalismus ist. Die Gewinne der Unternehmen sanken rapide und die Arbeitslosigkeit schnellte in die Höhe. Wie wir alle wissen war auch das der Grund, warum Hitler in Deutschland an die Macht kam. Durch den Kriegsausbruch in Europa konnten sich die USA sicher sein, dass alle europäischen Staaten auf längere Zeit hin enormen Rüstungsbedarf haben werden. Das Nachfrage-Problem war gelöst. US-Konzerne machten bis weit in den Krieg hinein lukrative Geschäfte in und mit Nazi-Deutschland. Dass die USA dann doch noch auf der alliierten Seite eingriff, lag einerseits daran, dass die militärischen Erfolge von Hitler in Europa der US-Elite dann doch etwas zu weit gingen, aber auch vor allem weil sich das Kriegsgeschäft mit Groß-Britannien als noch gewinnbringender erweisen sollte. Insgesamt kann man feststellen, dass die kapitalistische Wirtschaft ohne den 2.Weltkrieg, der Millionen von Opfern forderte, sich nicht wieder erholt hätte.

Und so sind die gleichen „Corporations“, die damals fröhliche Geschäfte mit Nazi-Deutschland machten, nie zur Rechenschaft gezogen worden und heute

noch in der ganzen Welt geliebt und geachtet. (Die folgende Auswahl umfasst natürlich nur einige wenige von vielen Beispielen*)

IBM

IBM ist noch heute einer der größten Software-Konzerne der Welt. Seinerzeit spielte der Konzern für die mörderischen Vorhaben der Nazis eine entscheidende Rolle. Es war die Lochkartentechnologie – Vorläufer des Computers – von IBM, welche die Nazis befähigte, die Verfolgung von Regime-Gegnern und „Untermenschen“ zu automatisieren. Ihre Rechenmaschinen wurden dazu benutzt, um Listen von Juden und sonstigen Opfern zu erstellen, die deportiert werden sollten, und um KZ-Insassen sowie Zwangsarbeiter zu registrieren. Die Geschäfte wurden über das deutsche Tochterunternehmen Dehomag organisiert, dessen Gewinne während des Krieges katapultartig anstiegen. Ohne die fortgeschrittene Technologie von IBM wäre es den Nazis kaum möglich gewesen, den Holocaust derart effektiv auszuführen. (Buchtipp: „IBM und der Holocaust“ von Edwin Black, Propyläen Verlag)

General Motors

General Motors trägt einen großen Anteil daran, dass Nazi-Deutschland im Krieg auf neueste Technologie bauen konnte. Die Nazis tasteten die Besitzverhältnisse von GM nie an. So blieb Opel, die deutsche Tochtergesellschaft von GM, während der gesamten Nazi-Herrschaft in GM-Besitz. Die deutschen Zweigwerke von GM wurden nach einem Treffen von Hitler und Göring mit dem GM-Vertreter Mooney am 19. und 20. September 1939 gänzlich auf Kriegsproduktion umgestellt. Das Berliner Opel-Werk war dabei so erfolgreich, dass die Nazis ihm den ehrenvollen Titel „Kriegsmusterbetrieb“ verliehen. GM setzte Kriegsgefangene vor allem aus Frankreich und der Sowjetunion ein. Die Gestapo sorgte persönlich dafür, dass die sogenannten Fremdarbeiter auch gut arbeiteten. Ihr Einsatz war gekennzeichnet von maximaler Ausbeutung und der Todesstrafe bei kleinsten Vergehen.

GM wurde nach dem Krieg nicht nur nicht bestraft, sondern erhielt sogar eine Entschädigung für Beschädigungen, die ihre Opel-Niederlassungen während der Luftangriffe der Alliierten erlitten, in Höhe von 33 Millionen US-Dollar vom amerikanischen Staat.

Ford

Auch Ford war maßgeblich am Nazi-Kriegserfolg beteiligt. Zu einem gegebenen Zeitpunkt stellten Ford und GM zusammen nicht weniger als die Hälfte der deutschen Gesamtproduktion an Panzern. Henry Ford, der Gründer des Unternehmens, war bekennender Antisemit, der Hitler bewunderte, finanziell unterstützte und sogar mit seinem antisemitischen Buch „The international jew“ inspirierte. Ford lieferte den spektakulärsten Fall von Missbrauch von Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen. Das Unternehmen setzte ab 1942 Kriegsgefangene aus Belgien, der Sowjetunion, Frankreich und anderen besetzten Ländern ein, hielt diese Menschen unter unmenschlichen Bedingungen hinter Stacheldraht gefangen, ließ sie jeden Tag außer Sonntag 12 Stunden lang schuften und zahlte ihnen nicht den geringsten Lohn. 1944 wurde Ford von den Nazis Häftlinge aus dem KZ-Buchenwald zur Verfügung gestellt, welche noch schlechter behandelt wurden.

Coca-Cola

Coca-Cola war seit jeher mit von der Partie, wenn es darum ging Arbeitsrechte zu verletzen und von brutaler Repressionspolitik zu profitieren. Die deutschen Zweigwerke von Coca-Cola konnten ihre Gewinne enorm erhöhen, als sie der Wehrmacht in besetzte Länder wie Frankreich und Belgien folgen durfte. Als nach dem Angriff auf Pearl Harbor der Coca-Cola-Sirup nicht mehr aus den USA importiert werden konnte, ging der Verkauf mit einem neuen Getränk namens Fanta weiter, von dem allein im Jahre 1943 nahezu 3 Millionen Kisten verkauft wurden. Diese enorme Produktion konnte nicht zuletzt durch den Einsatz von Kriegsgefangenen bewerkstelligt werden. Das Engagement von Coca-Cola kann wohl kaum mit seinem Image vereinbart werden, welches für „Freiheit und Demokratie“ steht.

*Alle Angaben aus dem Buch „Der Mythos vom guten Krieg“ von Jacques Powels, Papy Rossa Verlag

---

Was sind Gewerkschaften?

(Und warum brauchen wir sie überhaupt?)

Derzeit beobachten wir, dass viele Arbeiter das Vertrauen in die Gewerkschaften verlieren und die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisation nicht erkennen. Doch warum sind Gewerkschaften notwendig? Warum sollten sich gerade auch junge AbeiterInnen gewerkschaftlich organisieren?

Warum gibt es Gewerkschaften?

Im Kapitalismus gibt es zwei Hauptklassen. Die Kapitalisten, die Produktionsmittel (Maschinen, Fabriken, Banken etc.) besitzen, und die ArbeiterInnen, die keine Produktionsmittel besitzen. Letztere sind darauf angewiesen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen.

Der Kapitalist muss Arbeitskraft kaufen, die seine Maschinen bedient. Der Arbeiter muss – um überleben zu können – seine Arbeitskraft dem Kapitalisten anbieten, d.h. verkaufen. Natürlich liegt es im Interesse des Kapitalisten, dass der Arbeiter möglichst lange zu einem möglichst geringen Lohn arbeitet. Im Gegensatz dazu besteht das Interesse des Arbeiters darin, möglichst wenig zu arbeiten und möglichst viel Lohn dafür zu erhalten. Der Lohnarbeiter ist im Unterschied z.B. zum Sklaven doppelt frei: frei von Eigentum an Produktionsmitteln, aber auch formal-rechtlich frei als Person.

Letztendlich entscheidet der Klassenkampf darüber, wie Löhne, Arbeitszeiten

usw. aussehen. Doch früh wurde dem Arbeiter klar, dass er als Individuum recht machtlos gegenüber dem Kapitalisten dasteht. Die beste Waffe der Kapitalisten besteht somit darin, die Konkurrenz unter den ArbeiterInnen zu schüren. Der billigste Arbeiter wird genommen. Daraus folgt, dass die beste Waffe des Arbeiters darin besteht, diese Konkurrenz zu überwinden und gemeinsam mit Gleichgesinnten seine Rechte einzufordern.

Aus dieser Einsicht folgte das Bedürfnis der ArbeiterInnen, sich zu organisieren und schließlich die Gründung von Gewerkschaften. Zunächst sind Gewerkschaften also Instrumente, mit denen die Lohnabhängigen gemeinsam dafür kämpfen, den Preis ihrer Arbeitskraft – die sie ja als Ware dem Kapitalisten verkaufen – möglichst hoch zu halten.

Erfolge der Gewerkschaften

Seit ihrer Entstehung haben die Gewerkschaften bedeutende Fortschritte für die Arbeiterklasse erzielt. Die Sozialversicherungen, welche die Arbeiter vor dem Absturz ins soziale Elend bewahren, sind auf Druck der Arbeiterbewegung eingeführt worden. 35-Stunden Woche, höhere Löhne, Lohnfortzahlung bei Krankheit, mindestens 24 Tage Urlaub im Jahr, Arbeitsschutzbestimmungen, Schichtzuschläge, Verbot von Kinderarbeit, Recht auf Fortbildung, Kündigungsschutz, Recht auf Betriebsräte – all das sind Errungenschaften der organisierten Arbeiterbewegung in Deutschland. Jeder, der schon einmal im Betrieb war, weiß, dass es absolut naiv ist zu glauben, man könnte solche Sachen genauso auf Betriebsebene oder gar individuell aushandeln. Allein deshalb sollte jeder Arbeiter die Gewerkschaften unterstützen.

Arbeiteraristokratie

Heute jedoch stecken die Gewerkschaften in einer Legitimationskrise. Das hängt vor allem damit zusammen, dass sie von hauptamtlichen Funktionären geführt werden, die mit dem täglichen Kampf des einfachen Arbeiters wenig am Hut haben. Auch scheinen sich die Gewerkschaften nur um die Rechte der etwas besser gestellten ArbeiterInnen zu kümmern.

Die privilegierten hauptamtlichen FunktionärInnen (die Arbeiterbürokratie)

und ihr bürokratischer Apparat beherrschen und kontrollieren die Gewerkschaften. Sie stützen sich dabei vor allem auf die besser bezahlten ArbeiterInnen (die Arbeiteraristokratie).

Das Kapital war von der Gewerkschaftsbewegung und deren Macht beunruhigt. Die Kapitalisten mussten Maßnahmen ergreifen, wenn sie ihre wirtschaftliche und politische Macht nicht an die Arbeiterklasse verlieren wollten. Also zeigten sie sich „wohlwollend" gegenüber den Gewerkschaften und ihren Führern. Sie gestanden den organisierten ArbeiterInnen einige Rechte zu.

So wurden die Gewerkschaftsführer plötzlich zu „angesehenen" Leuten. Alle diese Maßnahmen zielten darauf ab, der Arbeiterbewegung den Wind aus den Segeln zu nehmen und die Arbeiterklasse zu spalten. So wurde z.B. in England 1867 der Reform Act verabschiedet, welcher der oberen Schicht der Arbeiterklasse das Wahlrecht gab, während die meisten männlichen Arbeiter und alle Frauen weiterhin nicht wählen durften. Solche Maßnahmen beeinflussen die Gewerkschaften bis heute. So kämpfen die Gewerkschaftsführer in den Tarifrunden bewusst nur in den Großbetrieben (z.B. bei Daimler& Co.), während sie sich um weniger organisierte Betriebe kaum kümmern.

Die Arbeiterbürokratie genießt eine privilegierte, abgehobene Stellung in der Gesellschaft. Somit verbinden sich ihre Interessen mit denen des Kapitalismus (ihnen geht es ja gut). Heute besteht die Arbeiteraristokratie aus den Herren Sommer & Co. in den Gewerkschaften selbst, sowie aus den Herren Klemm (Betriebsratsvorsitzender bei DaimlerChrysler) & Co. im Betrieb.

Die Gewerkschaftsbürokratie, die Mehrheit der Hauptamtlichen und der Betriebsräte, betreiben eine Politik der Unterordnung der Arbeiterklasse unter die Interessen des Kapitals. Das erfolgt z.B. unter Slogans wie „Standortsicherung" oder „Kostendämpfung". Zu dieser Logik gehören Verhandlungen und manchmal – als Druckmittel – auch Streiks. Doch dabei geht es der Bürokratie immer darum, zu verhindern, dass ein Kampf die Grundlagen des Kapitalismus (Privateigentum, Geschäftsgeheimnis usw.) in

Gefahr bringt.

Warum wir Gewerkschaften trotzdem brauchen

Die bremsende und verräterische Arbeiterbürokratie und deren Vorstellung von der Alternativlosigkeit der kapitalistischen Marktwirtschaft führen dazu, dass sich die Gewerkschaften heute in einer Krise befinden und die Mitgliederzahlen sinken. Viele Kollegen und Kolleginnen empfinden es als unnötig, der Gewerkschaft beizutreten und auch noch Beitrag zu zahlen (1% vom Brutto-Gehalt).

Doch die Alternative zu den bürokratischen Gewerkschaften und ihrer Führung ist nicht, sich von der Gewerkschaft fern zu halten. Es gibt ein böses Erwachen, wenn das Kapital zum Generalangriff bläst. Letztendlich werden die Löhne gesenkt und ein Rundumschlag auf alle unsere Errungenschaften gestartet, der dann aufgrund der schwachen Organisierung wohl nicht mehr zurückgeschlagen werden kann. Die gewerkschaftliche Organisation ist und bleibt im Kapitalismus ein wichtiges Mittel für Arbeiter, sich gegen Angriffe zu wehren und seinen Lebensstandard zu verteidigen.

Der Kampf für revolutionäre Gewerkschaften

Auch für uns Revolutionäre sind Gewerkschaften wichtig. Wenn wir die Arbeiterklasse zum Kampf gegen den Kapitalismus führen wollen, können wir deren tägliche Kämpfe um bessere Bedingungen nicht ignorieren. Für den Arbeiter ist es enorm wichtig, aus seiner Ohnmacht gegenüber dem Kapital aufzuwachen und seine Stärke zu spüren. Diese Stärke entwickelt er in der Organisation. Wenn alle ArbeiterInnen organisiert wären, könnten wir alle Räder von heute auf morgen lahm legen. Deshalb werden die Gewerkschaften auch logischerweise zur machtvollsten Organisation innerhalb des Kapitalismus. Im täglichen Kampf entwickelt der einfache Arbeiter ein Bewusstsein für diese Gegebenheit. Die Arbeiterklasse braucht kollektive Kampferfahrung. Während so für den Arbeiter die Gewerkschaften ein Mittel darstellen, um seine Lebensverhältnisse zu verbessern, sind sie für uns Revolutionäre „Kriegsschulen der Arbeiter“.

Durch den täglichen Kampf lernen die ArbeiterInnen erst, sich gegen die

herrschende Ordnung aufzulehnen und sie letztendlich in Frage zu stellen. Außerdem werden sie bei ihren Forderungen schnell feststellen, dass unsere Wirtschaftsordnung nicht in der Lage ist, ihre Bedürfnisse zu befriedigen und Sicherheit für alle zu bieten.

Doch das geht nur, wenn wir kämpferische Gewerkschaften haben, die die Arbeiterklasse mobilisieren. Doch davon sind wir momentan weit entfernt. Momentan sind die Gewerkschaften fest im Griff der Bürokratie. Deshalb müssen wir eine klassenkämpferische Basisbewegung in den Gewerkschaften aufbauen, welche sich über die Disziplin der verräterischen Führungen hinwegsetzt und die Gewerkschaften wieder für die Arbeiterklasse zurückgewinnt. Die Gewerkschaften müssen der politischen und organisatorischen Kontrolle der Bürokraten entrissen werden. Alles, was in der Gewerkschaft passiert, jeder Kampf, jede Verhandlung muss der vollen Kontrolle der Basis unterliegen! Die Gewerkschaften können und müssen sich von Handlangern des Kapitals über „Kriegsschulen“ bis hin zur revolutionären Kraft entwickeln.

Dafür sollten wir mit aller Macht kämpfen.

Nazis bekämpfen! Aber wie?

Sonntag, 17.4.2011

Anti-Nazi-Demo in Winterbach (Nähe von Stuttgart) anlässlich eines Angriffs von Faschos auf eine Gruppe Migrant_innen (die Faschos haben die Gartenhütte angezündet, in denen sich die Menschen aufhielten! Glücklicherweise konnten alle fliehen).

Treffpunkt: 15 Uhr, Bahnhof Winterbach

Das Faschismus bekämpft werden muss das leuchtet den meisten ein. Auch

die bürgerliche Meinungsmaschine – manche sprechen auch von „freien Medien“ – wärmt das Thema immer mal wieder in der einen oder der anderen Art auf. Auf der einen Seite immer dann wenn die Nazis mit brutalsten Gewaltexzessen der widerlichsten Art auf sich aufmerksam machen. Dann hat die Presse wieder etwas Sensationelles zu verkaufen, Gewalt ist immer ein Super-Seller. Und dann wird wieder schockiert getan und nach dem Staat geschrieen, der etwas tun soll. Oder aber nach der „Zivilgesellschaft“ die mehr Courage zeigen soll. Orte wie Hoyerswerda, später Solingen und Mölln wurden in den 90ern zu Symbolen der Fremdenfeindlichkeit, als Rechtsextreme Anschläge auf Einwanderer verübten. Daraufhin gingen Hunderttausende auf die Straße und bildeten Lichterketten, um ein Zeichen zu setzen, dass sie die Anwesenheit der Migrant/innen begrüßten.

Vertreter aller Parteien heucheln danach wieder von ihrer angeblichen antifaschistischen Gesinnung, aber die Bundesregierung weigerte sich in den 90er-Jahren weiterhin, sich auch öffentlich zum längst real gewordenen Status als Einwanderungsland zu bekennen, ja betonte sogar, dass Deutschland nach wie vor kein solches sei. Solche Bekundungen, oder auch die verbalen Ausfälle von so manchem CDUler auch in jüngster Zeit, befördern den Rassismus und spornen die Nazis an, den Worten immer wieder Taten folgen zu lassen.

Doch ist der Staat etwa gegen Rassismus? Nein. Der Staat baut die NPD mit auf. Er schleust V-Männer in die NPD, die auf allen Ebenen die Partei mit aufbauen, angeblich um das ganze unter Kontrolle zu halten. Daran scheiterte auch das NPD Verbotsverfahren. Bis jetzt sind nach wie vor nur 2 von 16 (!)Innenministern bereit, ihre V-Männer abzuziehen. Das heißt 14 Innenminister stehen bei diesem Verbotsverfahren nicht zufällig im Weg. Des Weiteren sind Migranten/innen natürlich auch hier um sie gegen inländische Arbeiter/innen auszuspielen. Sie werden schlechter bezahlt, sie werden zu Sündenböcken abgestempelt, warum es in Deutschland nicht genug Arbeitsplätze gibt. Und wenn man sie gar nicht mehr gebrauchen kann, schiebt der Staat sie ab.

Der Kapitalismus reproduziert tagtäglich sämtliche Probleme der

Menschheit, ein System mit einer Minorität von Gewinnern lässt natürlich den Rest der Bevölkerung im Regen stehen. Er ist folglich natürlich nicht in der Lage Probleme wie Armut, Arbeitslosigkeit, Krieg und eben auch Faschismus zu lösen. Also müssen wir das ganze selbst in die Hand nehmen.

Daher ist auch der Ansatz der Antifa, nämlich „nur“ den Faschismus zu bekämpfen, völlig unzureichend. Dieser Ansatz ist genauso falsch, und von dem der bürgerlichen Ideologen gar nicht so weit entfernt. „Ein Antifaschist, der nur ein Antifaschist ist, ist eben kein Antifaschist.“ Wir können den Faschismus nur wirksam bekämpfen, wenn wir ihn mit dem Kampf gegen den Kapitalismus verbinden. Dazu ist eine revolutionäre Organisierung notwendig, die dafür kämpft, die verschiedenen Kämpfe zusammenzubringen und mit dem Ziel des Sturzes des Kapitalismus zu verbinden. Aber davon wollen die Autonomen natürlich nichts hören. Sie sind deshalb auch dazu verdammt, genauso weiter zu machen wie bisher.

Wir werden natürlich weiter mit allen Antifaschist/Innen und auch den Autonomen – in Aktionsbündnissen – zusammenarbeiten, da es ihnen ernst ist und sie im Gegensatz zum kapitalistischen Staat ehrliche Antifaschist/Innen sind. Aber weder Lichterketten noch vereinzelte Übergriffe der Antifa auf Nazis werden den Faschismus beseitigen. Wir treten dafür ein, dass sich betroffene von rechtsradikaler Gewalt in Komitees organisieren und sich selbst gegen die Nazis verteidigen. Verlasst euch nicht auf die Polizei, die die Nasis schützt anstatt sie zu bekämpfen! Doch unser aller Ziel, den Faschismus letztendlich für immer zu besiegen, das kann nur der revolutionäre Kampf für den Sturz des Kapitalismus, verbunden mit dem Kampf für wirklichen Sozialismus und der Schaffung einer Rätedemokratie.

Vor-Praktikum für´s Studium –

ein Erfahrungsbericht

Vielleicht überlegt ihr gerade, warum wir einen Artikel über ein scheinbar „unwichtiges“ Thema wie Berufspraktika schreiben. Doch jede/r Schüler/in kennt die Situation als Praktikant/in, und viele Student/innen und auch Berufseinsteiger müssen Praktika ableisten, um Erfahrung zu sammeln und einen „Fuß in die Tür“ zu bekommen. Auch ich hatte das Glück, vor meinem Studium ein 3-monatiges Vorpraktikum abzuleisten. Für das Studium Bauingenieurwesen ist, wie für die meisten Ingenieurwissenschaften, ein solches Praktikum vorgesehen, um die Studentin / den Studenten „Kenntnisse“ in dem entsprechenden Fachgebiet zu vermitteln. Man sollte Einblick in die zukünftigen Grundlagen des Berufsbildes bekommen und eine Übersicht, um was es den überhaupt geht. Doch in der Realität sieht die Ausbildungssituation für viele Praktikant/innen anders aus.

Der Alltag der Praktikanten/innen

Ich halte Praktika an sich für eine sinnvolle Sache. Jede/r angehende Akademiker/in sollte vor und während ihres/seines Studium Kontakt zur praktischen Arbeit und der technischen sowie sozialen Realität haben. Zu oft bilden Universitäten abgehobene Quacksalber aus, die von der gesellschaftlichen und sozialen Realität der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung keine Ahnung haben. Und diese „Gelehrten“ sollen dann als „Experten“ über das Schicksal eben derer entscheiden, indem sie die Schlüsselämter in Wirtschaft und Politik. Für Schüler/innen können Praktika eine wichtige Erfahrung sein und bei der Berufswahl eine entscheidende Rolle spielen. Sie können mittels eines Praktikums Eindrücke von der Arbeitswelt allgemein und einem bestimmten Berufsbild im Speziellen gewinnen, die sie bei ihrer zukünftigen Berufswahl orientieren sollten. Damit ist der Sinn von Praktika auch klar: die Praktikant/innen sind als Lernende im Betrieb um möglichst viele Eindrücke und Infos zu bekommen.

Insgesamt habe ich drei Monate (13 Wochen) Praktikum bei einer Baufirma gemacht. Ich musste leider feststellen, dass die Firma keinerlei Struktur

besitzt, welche ihr erlauben würde, eine sinnvolle Ausbildung sowohl für Auszubildende als auch für Praktikant/innen zu gewährleisten. Es gab keinen Ansprechpartner, keinen direkt Verantwortlichen und niemand, der meine Arbeit koordiniert hätte. Oft stand ich morgens einfach da und niemand wusste, wo ich denn heute hin sollte. Wenn das drei oder vier Wochen der Fall ist, kann man das eventuell noch verstehen, aber nach acht, neun, zehn Wochen kommt man sich dann doch irgendwann blöd vor. Aber wenn Arbeitskräfte für unqualifizierte Aufgaben gebraucht wurden, wurde ich sofort berücksichtigt. Der offizielle Sinn des Praktikums lautet, „Kenntnisse und Erfahrungen im Baustellenbetrieb“ zu erlangen. Während der drei Monate war ich 60 – 70 % mit Abriss- und Aufräumarbeiten beschäftigt. Ich wurde von Kolonne zu Kolonne verschoben – nicht weil es sinnvoll ist, strukturiert verschiedene Aufgaben- und Arbeitsgebiete abzudecken, sondern weil immer mal wieder hier und da eine Arbeitskraft für Hilfsarbeiten benötigt wurde.

Meine Praktikumsvergütung lag mit 700 Euro pro Monat noch im oberen Spektrum der Praktika. Doch auf der Baustelle verrichtete ich oft Aushilfsarbeiten, bei denen ich nichts lernte und für die normal ein/e „richtige“ Arbeiter/in eingesetzt werden muss. Ich war genauso jeden Tag 8 Stunden auf der Baustelle, habe Steine geschleppt, Schutt ausgeräumt, Beton entfernt, Holzvorrichtungen errichtet wie es viele Arbeitskräfte nicht anders tun. Arbeiter/innen im Baugewerbe dürfen in Deutschland nach dem geltenden Tarifvertrag nicht weniger als 10,40 Euro (alte Bundesländer) und 9 Euro (neue Bundesländer) verdienen. Das ergibt bei einem 8-Stunden-Tag ca. 1830 Euro (alte Bundesländer) und 1584 (neue Bundesländer) Bruttolohn im Monat. Mit meinen 700 Euro habe ich fast nur ein Drittel dessen bekommen! (Nebenbei sei auf den skandalösen Einkommensunterschied zwischen West- und Ostdeutschland hingewiesen!) Die Arbeit auf dem Bau ist hart, vor allem im Winter. Meine Praktikumsvergütung reichte mit Kindergeld gerade so um meine Kosten für Wohnung, Fahrt und Verpflegung zu decken. Und vielen Praktikant/innen geht es noch schlechter. Oft werden Praktika noch schlechter oder sogar gar nicht bezahlt. Unbezahlte Praktika bis zu sechs Monaten kommen nicht selten vor.

Die Gesamtsituation

Jetzt sollte man natürlich wegen ein oder zwei negativen Erfahrungen nicht gleich den Teufel an die Wand malen. Wie sieht denn die Situation insgesamt für Praktikant/innen in Deutschland aus? Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin haben eine Studie in Auftrag gegeben, in der Berufseinsteiger/innen zum Thema Praktika (unter anderem) befragt wurden. [1] Die Studie bezieht sich allerdings nur auf Berufseinsteiger/innen, welche bereits eine abgeschlossene Berufsausbildung irgendeiner Art haben. Doch sogar mit abgeschlossener Ausbildung absolviert ein Fünftel der Befragten noch ein Praktikum, weil es immer schwerer wird, eine feste Arbeitsstelle zu bekommen. 51 % der Befragten gaben an, dass ihre Praktika unbezahlt waren, 12 % dass sie unangemessen und 37 % dass sie angemessen bezahlt wurden. Mehr als drei Viertel der Befragten gibt an, während des Praktikums mindestens die Hälfte der Arbeitszeit als „normale“ Arbeitskraft eingesetzt worden zu sein. Arbeitgeber und Politiker argumentieren oft, dass solche Praktika als Einstieg in ein „normales Arbeitsverhältnis“ dienen. Lediglich 22 % der Befragten wurden nach ihrem Praktikum übernommen, gerade einmal 11 % in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis.

Organisieren und für seine Rechte kämpfen!

Mittlerweile hat die Situation vieler Praktikant/innen auch Teile der Öffentlichkeit und der Gewerkschaften erreicht. Die DGB-Jugend initiierte eine Online-Petition an den Bundestag [2] und unterstützte eine Petition an das europäische Parlament [3], um bessere Bedingungen für Praktikant/innen gesetzlich zu regeln. Das ist sicher ein Schritt in die richtige Richtung, aber gleichzeitig zeigt sich die Beschränktheit des DGB, wenn er zum einen seine Forderungen auf 300 Euro Praktikumsvergütung beschränkt, zum anderen die Petition nicht mit wirksamen Druck durch Aktionen und Demonstrationen sowie verstärkter Organisierung der Praktikant/innen und Solidarisierung der übrigen Beschäftigten fördert. Eine Petition im luftleeren Raum beeindruckt die Politiker wenig. Um ihre Situation zu verbessern, müssen sich Praktikant/innen in den Gewerkschaften organisieren, ihre Anliegen

deutlich machen und gemeinsam für ihre Rechte beim Arbeitgeber eintreten. Dazu bedarf es massive Unterstützung seitens des Gewerkschaftsapparats, der z.B. dafür Sorgen kann, dass Praktikant/innen im Betrieb aktiv durch die Betriebsräte bzw. die JAV unterstützt werden und in gewerkschaftliche Prozesse eingebunden werden. In Verbindung mit einer solchen Anstrengung, die zum Ziel hat, mehr Praktikant/innen zu organisieren und Proteste auf die Beine zu stellen, hat eine Petition an ein Parlament Sinn.

Wir fordern:

- Höchstdauer eines Praktikums von 3 Monaten
- Mindestvergütung von 500 Euro für Schulpraktika, 1000 Euro für sonstige Praktika
- Verbindliche Ausbildungspläne und verantwortliche Ansprechpartner
- Verbindliche Übernahme nach einem Praktikum in ein unbefristetes Arbeits- oder Ausbildungsverhältnis

[1] Die Studie findet ihr im Internet unter:

www.bmas.de –> „Jüngere“ –> „Praktika stärken – Missbrauch verhindern“

[2] http://www.dgb-jugend.de –> studium –> meldungen –> kleiner_erfolg_fuer_praktikanten

[3] http://www.dgb-jugend.de –> studium –> meldungen –>

europa_soll_praktikantengesetz_bekommen

Kampf für die sexuelle Befreiung

– gegen Staat, Kapital und Kirche

Unter dem kapitalistischen System, in dem die Kernfamilie (Vater, Mutter, Kind) als „Normalität“ aufrechterhalten wird um die Reproduktion der Arbeiterklasse sicherzustellen, wird schwulen und lesbischen Beziehungen nicht derselbe legale Status oder die selbe soziale Legitimität wie heterosexuellen Partnerschaften eingeräumt.
Bis heute wird die Anerkennung der vollen Menschrechte, wie sie die Bürgerliche Gesellschaft auf Papier gebracht hat, für homo- bisexuelle, Transgender, und Trans- und Intersexuelle verwährt .
Im November des Jahres 2006 haben sich in der Indonesischen Stadt Yogyakarta sogenannte Menschenrechts Experten zusammen gesetzt , um eine zu Anwendung und Gewährleistung der Menschenrechte in Bezug auf die sexuelle Orientierung und geschlechtlichen Identität zu entwickeln. Dieser Kampf für die Anerkennung der „Menschenrechte“ ist wichtig, es wird aber nicht ausreichen das irgendein X- beliebiger Vertreter eines Landes die Yogyakarta- Prinzipien unterschreibt und dann darauf zu hoffen, dass es eintritt. Der Kampf für gleiche Rechte und Befreiung ist auch im Kontext der Sexualität ein Kampf gegen den Kapitalismus, gegen Konkurrenz und die Spaltungen der Gesellschaft.
In allen Staaten der Welt werden Homo –und Transsexuelle in ihren politischen und sozialen Rechten massiv eingeschränkt. Ob im imperialistischen Norden, bei uns entscheiden Eltern und Ärzte über das Geschlecht des Kindes, oder Transsexuelle gelten als psychisch krank – oder in den Halbkolonien des Südens, wo religiöser Fanatismus direkt die Existenz von Homo –und Transsexuellen bedroht.
Im Iran, z.B. werden Menschen wegen der freien Auslebung ihrer Sexualität gesteinigt.
Der erste Schritt müsste sein, AsylbewerberInnen, welche aus diesem Grund aus
ihrem Land fliehen, als politische Verfolgte anzuerkennen.
Gerade freie Sexualität hat mal zum alltäglichen Leben der Antike gehört ,

dort war eine Bi- und Homosexuelle Liebe gesellschaftlich anerkannt. Erst mit der Christianisierung fing ein Verbot der gleichgeschlechtlichen Liebe an, weil sie in dieser den Verlust und das Aussterben ihres Glauben sahen.
Intersexualität ist eine Bezeichnung, die gemein hin für Menschen mit nicht eindeutig weiblichen oder männlichen körperlichen Geschlechtsmerkmalen verwendet wird, welche umgangssprachlich auch „Zwitter“ genannt werden oder sich selbst so bezeichnen. Heute werden sowohl Hermaphorodidismus und Psendohermaphrodidismus, Intersexualität als auch der neue medizinische Terminus sexual Differenzierungstörungen, dds (engl. disorders off sex developmend) zur Bezeichnung von Menschen uneindeutigen Geschlechts verwendet.
Ärzte nehmen sich mit und ohne Zustimmung der Eltern das recht raus Kinder die mit beiden Geschlechtsmerkmalen geboren werden, mit Hilfe einer OP die Zugehörigheit eines Geschlechtes zu bestimmen, mit einer sehr wagen Begründung – Kinder die mit beiden Geschlecht Merkmalen geboren werden erleiden viel große Psychische Qualen, als wenn man sie mit beiden Merkmalen aufwachsen lässt, als Kinder die aus kleinbürgerlichen Normen heraus in eine Geschlechterrolle von Eltern und Ärzten gedrängt werden. Aber warum dürfen eigentlich Ärzte und Eltern darüber bestimmen, welches Geschlecht das Kind angehört? Viele kommen nach der OP mit der Entscheidung der Ärzte und Eltern nicht klar, fühlen sich nicht dem Geschlecht angehörig oder tragen äußerlich Merkmale des anderen Geschlechts. Von daher sollte es doch wohl besser offen bleiben, welches Geschlecht der Mensch besitzt.
Wir haben Menschen getroffen die sich offen mit uns über ihre Sexualität unterhalten haben: „Ich verliebe mich in Menschen!“, stellt Saadi, ein junger Mann aus dem Iran,
fest . Die größte Verfehlung der Menschheit sei daher auch die Homophobie.
Saadi hat schon früh im Alter von ca. 11/12 Jahren erkannt, dass er sich zu beiden Geschlechtern hingezogen fühlt, aber verdrängt das bis zu seinem 17. Lebensjahr. Sein Vater hatte Anfangs ein Problem damit, doch er erkannte, dass sein Sohn immer noch männliche Attribute besitzt. Eine Beziehung mit einem Mann zu zeigen, damit hatte er nie Probleme, da er immer stolz und glücklich war auf seine Beziehungen. Trotzdem erschreckt es ihn immer wieder mit wie viel Hass und Gewaltbereitschaft Schwulen auf der Straße

begegnet wird. Er sei zwar kein Freund von Gewalt, doch auf Gewalt könnte man nur mit Gegengewalt begegnen.
Die Familie von Maja ist sehr konservativ und Erzkatholisch. Die Eltern sehen in ihrer Homosexualität eine Todsünde. Der Großvater ist bestürzt, dass Maja nie „richtig“ heiraten wird. Den Segen nicht empfangen kann. Doch fortlaufen wollte sie nie, ihr Ziel ist es, dass ihre Eltern und der Rest der Familie sie so nimmt, wie sie ist.
Maja hat sich einiges schon anhören dürfen „Jemand wie du darf kein Kind haben“ , „Du begehst eine Sünde!“ sind nur Beispiele. Dabei wisse sie nicht einmal heute, ob sie heiraten und Kinder kriegen wolle. Nicht mal, ob sie eine feste Beziehung führen möchte. Das alles wissen ihre Eltern nicht, dazu fehlt das Vertrauen, ihre Eltern könnten doch glücklich sein, dass sie gesund ist und immer alles erreicht hat was sie wollte.
Charlotte, berichtet uns über ihr Leben mit dem Turner Syndrom „Eigentlich bin ich ganz normal“, sagt sie. Am Anfang sei es gar nicht aufgefallen, sie war kleiner als die Freundinnen und entwickelte sich nicht sofort zu einer Frau.
Die Ärzte meinten damals, dass es so sei, weil jeder Mensch anders ist.
Mit der Zeit rückte das ganze Thema für sie in den Hintergrund. Als mit 18 ihre Regelblutungen immer noch nicht eingesetzt hatten, ging sie zum Arzt und dieser machte die Diagnose Turner- Syndrom. Charlotte schaut positiv in die Zukunft, sie könne zwar keine Kinder bekommen, denn betroffenen Frauen sind unfruchtbar, aber den einzigen Wunsch, den sie hege, ist, dass die Menschen ihr mit Toleranz begegnen, denn sie sei weder todkrank noch ein Alien und möchte ihr Leben genießen.
Das Turner-Syndrom, auch unter den Synonymen *Ullrich-Turner-Syndrom* (*UTS*) oder *Monosomie X* bekannt, ist eine Chromosomenbesonderheit, die nur bei Frauen auftritt und erstmals unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten von Henry Turner im Jahre 1938 beschrieben. Die Ursache
des Syndroms ist eine unübliche Verteilung der Chromosomen während der Keimzellteilung. Da in den Zellkernen der Körperzellen nur ein einzelnes funktionierendes X-Chromosom und kein Y-Chromosom vorliegt, sind alle betroffenen Personen weiblich. Normalerweise besitzen Frauen zwar zwei X-Chromosomen, von denen liegt jedoch eines in Form des Barr-Körpers in inaktivem Zustand vor.

Solidarität ist sehr wichtig für den Kampf um Akzeptanz.

Von daher rufen wir von REVOLUTION zur Solidarität auf! Schaut nicht weg, bei

Übergriffen auf Intersexuelle, Transsexuelle und Homosexuelle. Fordert sexuelle Freiheit und Unabhängigkeit! Sexuelle Aufklärung!
Und das sich weder Staat, noch Religion in das Privatleben einmischen darf.

REVOLUTION kämpft für:

* volle Legalisierung lesbischer und schwuler Sexualität.
* Beseitigung von Diskriminierung auf Grund von sexueller Orientierung.
* Darstellung von Homo und Heterosexualität als gleichwertig im Unterricht an den Schulen.
* gesetzliche Gleichstellung von heterosexuellen und homosexuellen Beziehungen.

Und doch gibt es nur eins:

ONE SOLUTION- REVOLUTION